

FrankfurterRundschau
 Druck- und Verlagshaus
 Frankfurt am Main GmbH

Chefredakteure:
 Joachim Frank, Rouven Schellenberger

Politischer Autor: Stephan Hebel
Politik und Wirtschaft: Arnd Festerling (Leitung)
 Monika Kappus (Politik)
 Bernd Salzmann (Wirtschaft)
Sport: Thomas Vögele
Feuilleton: Christian Thomas
Magazin/Panorama: Martin Scholz
Wissen und Bildung: Karl-Heinz Karisch
Frankfurt: Lutz Fischer (komm.)
Rhein-Main: Stefan Kuhn
Multimedia: Michael Bayer (Tablet),
 Markus Wanderl (fr-online.de)
 (jeweils verantwortl.)

Leitende Redakteure
 Regine Herrmann, Wolfgang Wagner (Deskchefs),
 Ursula Rüssmann, Brigitte Spitz,
 Joachim Wille (Politik),
 Astrid Hölscher (Meinung),
 Katharina Sperber (Magazin),
 Christoph Albrecht-Heider (Reportage),
 Claus-Jürgen Göpfert (Frankfurt),
 Pitt von Bebenburg (Landespolitik Hessen),
 Werner Neumann (Ausbildung)
DuMont Redaktionsgemeinschaft GmbH
 Brigitte Fehrlé (Chefredakteurin),
 Robert von Heusinger
 (Stellvertretender Chefredakteur),
 Christian Bommaris, Karl Doemens,
 Holger Schmale, Arno Widmann

Gestaltung und Produktion:
 FR-Publishing GmbH.
Geschäftsführung: Annette Tiedge, Joachim Löw
ArtDirection: Annette Tiedge
Bild: Torsten Deutzmann

Redaktion und Verlag:
 Postanschrift: 60266 Frankfurt am Main,
 Hausadresse:
 Karl-Gerold-Platz 1, 60594 Frankfurt am Main,
 Telefon 069/2199-1
 (zugleich auch ladungsfähige Anschrift für die im
 Impressum genannten Verantwortlichen und Ver-
 tretungsberechtigten),
 internet: www.fr-online.de

Geschäftsführer: Karlheinz Kroke
Anzeigen: Oliver Moll (verantwort.)
Marketing: Ralf Walther
Gesamtleitung Vertrieb und Logistik:
 Reinhard Seimche
Vertrieb: Ralf Prokasky
Logistik: Jan Ochs
Sämtlich: Frankfurt am Main

Anzeigenpreise laut Liste Nr. 69 und 69a vom
 1. Januar 2011

Erscheint täglich außer sonn- und feiertags.
 Monatsbezugspreis Inland: Trägerzustellung
 in Hessen 33,25 Euro; Trägerzustellung übriges
 Bundesgebiet und Postbezug 34,45 Euro;
 ermäßigter Bezugspreis für Studierende,
 Wehrpflichtige, Züldienstleistende und
 Auszubildende 19,75 Euro (Nachweis
 erforderlich);
 alle Preise inkl. 7 % Umsatzsteuer.

Monatsbezugspreis Ausland: auf Anfrage.

Telefax Anzeigen: 069/1310030;
 Telefax Vertrieb: 069/2199-3264.

Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages
 oder infolge höherer Gewalt keine Entschädigung.
 Für unverlangte Einsendungen übernehmen
 wir keine Verantwortung. Eine Verwertung
 der urheberrechtlich geschützten Zeitung und aller
 in ihr enthaltenen Beiträge sowie Abbildungen,
 insbesondere durch Vervielfältigung
 und/oder Verbreitung, ohne vorherige schriftliche
 Zustimmung des Verlages ist unzulässig und strafbar.
 Insbesondere ist die Einspeicherung
 und/oder Verarbeitung der auch in elektronischer
 Form vertriebenen Zeitung in Datenbanksystemen
 ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck: Druckzentrum Neu-Isenburg,
 Rathenaustraße 29, 63263 Neu-Isenburg,
 Gerichtsstand: Frankfurt am Main.

Frankfurter Rundschau (USPS 011-355) is publis-
 hed daily by Druck- und Verlagshaus Frankfurt
 am Main GmbH, 60266 Frankfurt am Main.
 Periodicals postage paid at Champlain N.Y. and
 additional mailings offices. Address changes
 should be sent to IMS of N.Y., 100 Walnut St., #3,
 P.O. Box 1518, Champlain, N.Y. 12919-1518.
 For details call: IMS at 1 (800) 428-3003.

Verleger bis 1973: Karl Gerold.

ANALYSE
Europas Kälte

An der Grenze zwischen Libyen und Tunesien zeigt sich, was Solidarität ist. Die EU braucht offenbar selbst eine „Revolution der Würde“, ehe sie Flüchtlingen hilft.

Von Barbara Lochbihler



in die sie nach der Genfer Konvention nicht geschickt werden dürfen, weil ihnen dort Krieg, Verfolgung oder Folter drohen. Diese Menschen brauchen unsere Hilfe. So wie auch jene 11000 Migranten aus Mali, Eritrea und der Elfenbeinküste unterstützt werden müssten, die in Libyen festsetzen und rassistisch verfolgt werden. Die EU-Kommissarin Cecilia Malmström fordert zwar, dass die EU die Leute im Rahmen eines „Resettlement-Programms“ evakuiert, doch Brüssel reagiert nicht. Einige versuchten es auf eigene Faust, 220 von ihnen starben auf ihrem Weg nach Malta, weil ihr Boot im Mittelmeer kenterte.

Unterstützung braucht auch die tunesische Übergangsregierung. So groß die Solidarität der Bevölkerung auch sein mag, die finanziellen und logistischen Möglichkeiten sind es nicht. Selbst europäische Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsysteme würden die plötzliche Ankunft Hunderttausender Flüchtlinge nicht problemlos tragen können. Wie soll also ein Land, das nach seiner „Revolution der Würde“ am Be-

ginn eines Demokratisierungsprozesses steht, allein klarkommen? Die Tunesier haben für Werte, die sich die EU auf die Fahnen schreibt, ihr Leben riskiert. Ohne Luft holen zu können, stehen sie nun Flüchtlingen aus vielen Ländern zur Seite. Europa sollte sich daran ein Beispiel nehmen.

Mit jedem weiteren Tag, an dem in Misrata oder Bengasi geschossen wird, steigen nicht nur in Tunesien die Herausforderungen. Viele Menschen, die dorthin geflüchtet sind, hielten sich zuvor als Migranten in Libyen auf und versorgten von dort aus ihre Familien in Niger, Mali oder dem Tschad. So etwa ein Migrant, mit dem ich im Flüchtlingscamp Shousha gesprochen habe. Er wird nach Niger zurückkehren, wo ihn weder Arbeit noch Lohn noch staatliche Unterstützung erwarten. Auch in solchen Drittländern ist die Hilfe der EU gefragt.

Bislang sieht es jedoch nicht danach aus, dass das europäische Bündnis sich diesen Herausforderungen mit der nötigen Ernsthaftigkeit stellt. Zwar gab es zunächst auch bedingungslose Zahlungen an die Regierung in Tunis, doch damit ist jetzt Schluss. Nach dem Willen der EU-Innenminister soll das Land künftig nur Hilfe erhalten, wenn es die EU-Abschottungspolitik nachhaltig unterstützt. Tunis müsse gegen „illegale Migration“ vorgehen, so die Minister, aus Europa abgeschobene Flüchtlinge wieder aufnehmen und Frontex-Einheiten an seiner Küste akzeptieren.

Statt „Flüchtlingsströme“ zu beschwören, sollten sich europäische Politiker darum kümmern, legale Einwanderung zu vereinfachen und das „Resettlement-Programm“ umzusetzen. Doch für solche Ziele braucht die EU offenbar selbst eine „Revolution der Würde“. Im Gegensatz zu den Europäern haben die Tunesier verstanden, dass diese Würde nicht nur für die eigenen Bürgerinnen und Bürger gilt, sondern auch für alle, die in den Krisenherden der Welt auf Solidarität angewiesen sind.

Barbara Lochbihler ist grüne Europaabgeordnete und Menschenrechtskoordinatorin der Grünen/EFA-Fraktion.

KOLUMNE
Eingezäunt

TOM SCHIMMECK

Die große Zeit des Stacheldrahts ist vorbei. In Deutschland jedenfalls. Die Chinesen exportieren ihn dagegen wie wild.

Kein Durchkommen. Das ist von jeher sein Zweck. Ursprünglich, bei seiner Erfindung anno 1867, ging es vor allem darum, das liebe Vieh, das allzu frei über endlose Weiden stromerte, einzupferchen. Bald richteten sich die Stacheln auch gegen Menschen: Ob der neuen Zäune wurden viele Cowboys arbeitslos und der Westen noch wilder. Die Indianer nannten den Draht „Teufelsschnur“. Im Burenkrieg, auf der Schwelle zum 20. Jahrhundert, setzten ihn die Briten erstmals militärisch ein. In den Grabenschlachten des Ersten Weltkriegs kombinierte man Maschinengewehre und Stacheldraht zu mörderischen Fallen. Die Nazis brauchten ihn massenhaft für ihre KZs. In Kroatien zwang die Wehrmacht 1941 die Bevölkerung, sämtlichen Stacheldraht abzuliefern – „für spezielle, für den Staat wichtige Aufgaben“. Was einem noch einfällt? Die sowjetischen Gu-

lags. Und natürlich die DDR-Grenze – „hinter Mauer und Stacheldraht“. Der stechende Zaun wurde zum Synonym für Trennung und Inhaftierung, zum Symbol von Willkür und Grausamkeit.

Bei uns auf dem Lande ist er fast völlig verschwunden. Weil Pferde und Kühe sich daran verletzen, Wildtiere sich darin verfangen. Doch ist der Draht nun ein globaler Exportschlagener made in China. Weil es ja überall wimmelt von „Einbrechern, Saboteuren, Terroristen“, wie die Werbung warnt, von „Aggressoren jeder Art“. Wohl auch, weil die Kluft zwischen Arm und Reich weltweit wächst und zwischen Besitz und Macht der einen und die Sehnsüchte der anderen eine stabile Barriere muss, einen „Übersteigschutz“, wie es in der Fachsprache heißt. Etwa in Gestalt einer „mobilen Schnellsperre“, oder besser noch: eines „Ziehharmonika-Rasiermesserstacheldrahts“, vielleicht gepaart mit einem „impulsgesteuerten Hoch- und Niederspannungsmanagement“, das in dunkler Nacht Elektroschocks von 9000 Volt ausstelt. Was, so lernte ich, „zu schmerzhaften Lähmungen“ führt, die erst nach Stunden abklingen.

Abbas wiederum darf den Westen nicht aus dem Blick verlieren. Er fliegt Donnerstag weiter nach Berlin, um den Deal mit der Hamas irgendwie Angela Merkel zu verklinkern. Keine leichte Aufgabe. Die Kanzlerin hält die Latte strikt hoch, die an die pa-

Tom Schimmeck ist freier Autor.



LEITARTIKEL

Heikle Versöhnung

INGE GÜNTHER



Die palästinensische Einigung birgt einige Chancen. Es soll wieder gewöhnt werden, und die Abschottung Gazas hat wohl ein Ende. Der Rest ist eine Gratwanderung – auch für Israel.

lästinensischen Islamisten gelegt wird, und die das Nahost-Quartett an drei Prinzipien festmacht: Anerkennung Israels und bestehender Friedensverträge sowie Gewaltverzicht. Von einem pragmatischen Umgang mit den Alleinherrschern über Gaza möchte Merkel noch nichts wissen.

Zugegeben, die Hamas selbst hat ein Faible für Provokationen, die der israelischen Rechten Steilvorlagen verschaffen. So konnte es sich ihr Premier Ismael Hanjia nicht verkneifen. Al-Kaida-Chef Osama bin Laden posthum einen „heiligen Krieger“ zu nennen. Etwas, das man sich in Washington merken wird. Dabei versteht sich die Hamas als nationale Bewegung und hat mit globalen Dschihad-Ideen eigentlich nichts am Hut. Erst kürzlich zerschlug ihre Polizei eine Zelle militanter Salafiten. In gewisser Weise dient die Hamas in Gaza sogar als Bollwerk gegen radikalere Islamisten.

Das spricht dafür, sich mit ihr zu arrangieren. In Luft auflösen oder gar bekehren lassen wird sich die Hamas jedenfalls nicht.

Auch wenn Israel und der Westen sich dieser Illusion lange hingegeben haben – die Isolationspolitik ist gescheitert. Die Hamas hat zwar an Popularität verloren, nicht nur wegen der Blockade, auch wegen ihrer gesellschaftlichen Positionen von vorgestern, etwa in der Frauenpolitik. Aber gerade weil Gaza so abgeschottet ist, musste sie bis jetzt keine Herausforderung ernsthaft fürchten. Darin liegt die Chance einer Einigung zwischen Hamas und Fatah: neuen Wind in den palästinensischen Elendsstreifen zu bringen und eine geordnete Öffnung nach Ägypten zu ermöglichen.

Zweischneidiger ist das Einheitsprojekt auf diplomatischer Ebene. Es erlaubt Abbas zwar, im September vor der UN-Vollversammlung in New York als Führer einer vereinten Nation aufzutreten, statt nur das halbe Volk in der Westbank hinter sich zu wissen. Aber die Hamas, international als Terrororganisation gelistet, ist eben auch Ballast, der Unterstützer einer Staatsdeklaration Palästina abschrecken könnte.

Wer von Abbas verlangt, auf die Einheit zu verzichten, um eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit Israel zu erleichtern, verkennt allerdings die Zeichen der Zeit. Der demokratische Aufbruch in der arabischen Welt hat auch die Palästinenser selbstbewusster gemacht. Sie schauen nach Ägypten, wo keiner auf die Idee käme, die Moslebrüder nach Art Mubaraks zu verbannen. Sie wollen nicht weniger als das in Gaza und Westbank. Schon gar nicht wollen sie Abbas als politische Marionette, der bei jedem Schritt erst die Geberländer um Erlaubnis fragen muss.

Es ist eine Gratwanderung, auch für die USA, die EU und für Israel. Dort raten übrigens einige, nichts zu überstürzen. Wozu die Hamas wirklich bereit ist, lässt sich nur im politischen Alltagsgeschäft testen.

KOMMENTARE

Liberaler Jugendwahn

Von Steffen Hebestreit

Die liberalen Bambis zeigen dem bockbeinigen Wirtschaftsminister Rainer Brüderle nun doch die Zähne. Gut so; denn der designierte Vorsitzende Philipp Rösler braucht dringend ein Signal, dass der liberale Aufbruch sich nicht allein darin erschöpft, die Überfigur Guido Westerwelle losgeworden zu sein.

Drei neue Stellvertreter, ein nahezu komplett neu bestücktes FDP-Präsidium und ein blutjunger Generalsekretär signalisieren nach außen tatsächlich den Willen zu einem radikalen freidemokratischen Neuanfang – zumindest personell.

Philipp Rösler und sein Gefolge gehen dabei allerdings ein nicht geringes Risiko ein. Sie nähren die parteiinternen durchaus zu hörende Befürchtung, dass sich nach den bleiernen Westerwelle-Jahren nun der Jugendwahn Bahn bricht. Insbesondere den Honoratioren-Flügel der FDP, den es nach wie vor gibt, könnte eine solche Entwicklung nachhaltig vergrätzen. Verzichten aber kann die Vier-Prozent-Partei FDP im Augenblick auf nichts und niemanden.

Noch riskanter für Philipp Rösler ist der Verzicht auf potenzielle Sündenböcke in der neuen Führung, sollte sich die Hoffnung der FDP auf bessere Umfragewerte trotz des personellen Wechsels so schnell nicht erfüllen. Wenn Guido Westerwelle als „Klotz am Bein“ weg ist und alle Altlasten entsorgt sind, dann kann rasch der gegenwärtige Hoffnungsträger Rösler in die Kritik geraten. Um dies zu verhindern, wird der neue FDP-Vorsitzende und jetzige Gesundheitsminister viel daran setzen, Guido Westerwelle auch in seinem anderen Amt zu beerben: dem Außenministerium.

Falsche Freude

Von Holger Schmale

Angela Merkel ist eine Pfarrers- Tochter und die Vorsitzende einer Partei, die sich christlich nennt. Man sollte also meinen, dass die zehn Gebote ihr als Richtschnur dienen. Zum Beispiel das fünfte: Du sollst nicht töten. Nun ist das ein Gebot, auf das sich jeder zivilisierte Mensch verständigen kann. Wie aber passt das zur Aussage der Kanzlerin: „Ich freue mich, dass es gelungen ist, Bin Laden zu töten.“ Sie freut sich über den gewaltsamen Tod eines Terroristen, aber immerhin doch auch eines Menschen. War sie gerade Kreide holen, als im Pfarrhaus das fünfte Gebot durchgenommen wurde?

Im Fall Merkel fällt der Widerspruch zwischen christlichem Anspruch und realem Tun besonders auf. Doch die Doppelmoral der westlichen Gesellschaft zeigt sich allenthalben. Wer vorgibt, für den Rechtsstaat zu fechten, sollte dessen Grundsätze nicht mit Füßen treten. Das gilt für die archaisch anmutende Freude über den Tod Osamas ebenso wie für das Vorgehen der Nato in Libyen, wo ihre Soldaten dem Diktator Gaddafi unverhohlen nach dem Leben trachten und dabei auch den Tod von Kindern seiner Familie in Kauf nehmen.